

die Finanzierung von Uno-Militäraktionen hinzu.

Die Bundesrepublik hat zwar nach Einschätzung von New Yorker Uno-Diplomaten „beste Chancen“, die notwendige Zweidrittelmehrheit der 183 Mitgliedstaaten in der Vollversammlung zu gewinnen. Doch die Prozedur ist umständlich und kann sich schlimmstenfalls, so ein US-Botschafter, „zehn Jah-

re hinziehen“. Denn alle zustimmenden Uno-Staaten müssen die Erweiterung des Sicherheitsrates in ihren nationalen Parlamenten ratifizieren.

Die britische und die französische Regierung, die um ihre Position im Sicherheitsrat bangen, haben in ihren Sendschreiben zur Uno-Reform den Hinweis untergebracht, in dieses exklusive Gremium dürfe nur, wer dazu „fähig“ sei.

Sie könnten, wird in Bonn befürchtet, das deutsche Streben auf Jahre blockieren – sofern sich die Bonner nicht schleunigst als tauglich für alle Arten von Kampfeinsätzen erklären.

Langandauernder Streit droht ausbrechen, weil eine Vielzahl von Mitbewerbern gleiche Ansprüche wie die beiden Industriemächte Deutschland und Japan geltend machen. Ägypten, In-

SPD

„So ist das Leben“

Konkurrenz der sozialdemokratischen Frauen um Spitzenpositionen

SPD-Chef Rudolf Scharping hat Probleme mit Parteifrauen. Für seine Wahlkampfriege mußte er einerseits auf seine Wunschkandidatin Ingrid Matthäus-Maier verzichten, andererseits aber Bewerberinnen akzeptieren, die nicht seinen Vorstellungen entsprechen.

So nominierte er die stellvertretende Parteivorsitzende Herta Däubler-Gmelin als Justizexpertin, obwohl sie nicht für sein Schattenkabinett zur Verfügung steht; zudem hatten ihm einflussreiche Genossen wie Oskar Lafontaine davon abgeraten. Der Saarländer gab zu bedenken, daß die Berufung der schwäbischen Juristin in das Scharping-Team ihre Chancen mindere, demnächst Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts zu werden.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende steckt in der Klemme. Sie war von den sozialdemokratischen Frauen gedrängt worden, sich um die Nachfolge des pensionsreifen Vorsitzenden des Zweiten Senats und Vizepräsidenten des Gerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz (SPD), zu bewerben, nachdem sich SPD und Union eigentlich schon auf Jürgen Schmude geeinigt hatten. Später sollte sie dann zur Präsidentin des Verfassungsgerichts aufrücken, sobald sich Roman Herzog (CDU) vom Chefsessel zurückzieht. Kanzler Helmut Kohl und CDU/CSU-Frakti-

onschef Wolfgang Schäuble lehnen die streitbare Juristin jedoch als Mahrenholz-Nachfolgerin ab. Die Spitzengenossin braucht aber die Stimmen der Union im „Wahlmännernausschuß“.

Mit ihrer Berufung in das Wahlkampfteam ohne Ministeranspruch sollten die Sozialdemokraten, so ließ sich Scharping überzeugen, beweisen, daß sie an Däubler-Gmelins Kandidatur festhalten. Scharping will schon in dieser Woche in einem Gespräch mit Kohl für Klarheit sorgen.

angemeldet, den Däubler-Gmelin innehat.

Scharping mußte die „rote Heidi“ auf Druck der SPD-Frauen zunächst auf eine dritte Stellvertreterposition (neben Lafontaine und Wolfgang Thierse) in die Kommission für das Wahlkampfprogramm berufen. Den Anspruch, Scharpings Stellvertreterin zu werden, hat Wiczorek-Zeul nicht aufgegeben – selbst wenn Däubler-Gmelin nicht Richter in Karlsruhe werden kann.

Dagegen scheiterte der neue Parteichef mit der Berufung der Finanzexpertin der Fraktion, Ingrid Matthäus-Maier, am Widerstand Lafontaines. Scharping hatte dem Saarländer frühzeitig die Doppelkompetenz für Wirtschaft und Finanzen in seinem Team zugesagt. Nachträglich ließ sich Lafontaine nicht auf eine Teilung der Aufgaben ein.

Der saarländische Ministerpräsident und die anerkannte Expertin sind nur selten einer Meinung. Ingrid Matthäus-Maier hatte sich deshalb geweigert, in einer von Lafontaine geleiteten Wirtschaftskommission des SPD-Vorstandes mitzuarbeiten.

Am Ende blieb dem neuen Parteivorsitzenden Scharping nur fröhliche Resignation: „Wenn man eine Entscheidung treffen muß, kann man nicht jeden Guten nehmen. So ist das Leben.“



Genossinnen Däubler-Gmelin, Matthäus-Maier, Wiczorek-Zeul
„Man kann nicht jeden Guten nehmen“

Die Zeit drängt. Däubler-Gmelin muß sich bald entscheiden, ob sie noch einmal für den Bundestag und im November erneut als stellvertretende Parteivorsitzende kandidieren will. Das ließe sich mit dem Karlsruher Amt nicht vereinbaren.

Unklar ist auch die politische Zukunft der südhessischen Bezirksvorsitzenden Heidemarie Wiczorek-Zeul. Sie war Scharping bei der Mitgliederbefragung um den Parteivorsitz unterlegen und hatte daraufhin ihre Kandidatur für den Vizeposten